

Die politische Erbschaft nach dem Grafen Stürgkh.

Abdruck des gestern beschlagnahmten Artikels nach Aufhebung des Verbots der Staatsbehörde.

Wien, 25. Oktober.

Der Stein auf der Gruft des Grafen Stürgkh in Halbenrain schließt eine Vergangenheit ab. Die Bequemlichkeiten fast unbeschränkter Macht versumpfen die Politik und sind durch ihre Verlockungen dem Minister gefährlich und dem Staate schädlich. Dessen öffentlichen Stimmungen unzugänglich sein zu dürfen, für ein Volk zu denken und für ein ganzes Reich allein zu handeln, selbst ein Genie würde unter solchen Voraussetzungen schwere Irrtümer begehen. Ein Staatsmann, der über das Mittelmaß nicht hinausragt, darf nicht hemmungslos bleiben, weil er zu leicht der Beführung unterliegt, dort Zwang anzuwenden, wo Ueberzeugen nötig wäre. Oesterreich hat unter dieser Politik gelitten. In einem Lande, wo das Volk eine so bewunderungswürdige Opferfähigkeit, eine so bescheidene Unterordnung beim Ertragen der Kriegsbeschwerden zeigt und in der schonen Einfachheit seines Glaubens an sich selbst der höchsten Achtung wert geworden ist, durfte ein solches Volk nicht mißsprechen, konnte seine Wünsche nicht vorbringen und war wie durch einen Wald der Paragrafen und Aemter von jedem lichten Ausblick abgesperrt. Allgemein wird erzählt, daß der gemeinsame Finanzminister Dr. Ernest v. Koerber der Nachfolger des Grafen Stürgkh werden sollte. Die Entscheidung ist jedoch heute nicht getroffen worden, und so können wir zum künftigen Ministerpräsidenten wie zu einem Unbekannten sprechen und ihm sagen, daß er die Fesseln lösen möge und in den von den Notwendigkeiten des Krieges gezogenen Schranken dem Bürger sein angestammtes Recht, dem Volke seinen Teil an der öffentlichen Gewalt und der Presse die ihrem Berufe unentbehrliche Freiheit wiedergebe. Oesterreich kann nur als moderner Staat durch Hebung aller Kräfte aus der Borratswirtschaft in die Friedenswirtschaft übergehen. Wie leicht ist es jetzt, da täglich ein Sieg über unsere Feinde gemeldet wird und mancher Sorge sich verzicht, auch die Freude am Staate durch eine volkstümliche Politik zu stärken.

Das ist nicht bloß ein Bedürfnis einzelner Stände und Klassen, sondern auch der Gesamtheit. In dem politischen Nachlasse des Grafen Stürgkh sind die bisherigen Ergebnisse aus den Verhandlungen mit Ungarn. Graf Stürgkh hat auch über solche Lebensverhältnisse des Volkes allgemeines Schweigen gebietet, und der Ministerpräsident, der jetzt als Erbe schwere Pflichten übernehmen soll, dürfte sich fragen, ob in solchen Fällen nicht gerade die Dessenlichkeit von manchen Verantwortungen entlasten und von manchen Schwierigkeiten befreien könnte. Denn es liegt einmal in der menschlichen Natur, daß Minister, die einem Parlamente Rechenschaft abzulegen haben, und Minister, die es nicht tun müssen, ganz verschiedene Wesen sind. Nicht in der Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis, nicht im Willen, aber in den psychologischen Wirkungen der gegebenen Kräfteverhältnisse. Deshalb sollte der Ministerpräsident, der sich in den Sorgenstuhl des Grafen Stürgkh niedersetzen wird, von dem Irrtume seines Vorgängers sich losmachen, der gegen das Parlament einwendete, daß auch manche Parlamentarier es nicht wollen. Volksvertretungen sind niemals eingerichtet worden, um den Vertretern des Volkes angenehm zu sein, sondern weil das Volk und der Staat sie brauchen. Parlamente wären auch dann nötig, wenn durch eine seltsame Ausartung kein einziger Parlamentarier sie wollte. Naturwidrigkeiten, Verbildungen des Denkens

und eine verkrüppelte Politik, wie sie auch ~~weder~~ Abgeordneten vorkommen, beweisen nichts gegen das Abgeordnetenhaus. Der neue Ministerpräsident, den wir uns als einen Mann von gereifterer Einsicht vorstellen, wird schwerlich wieder einer Versammlung von Abgeordneten mittelbar die Frage vorlegen: Wollt ihr den Reichsrat oder nicht? Das Parlament muß sein, wenn der Staat es wünscht, und nicht, wenn diese oder jene Gruppe sich zum Parlamentarismus bekehren läßt.

Der künftige Ministerpräsident, dem der Nachlaß des Grafen Stürgkh zugesprochen werden wird, müßte dem Volke volle Klarheit über die wichtigsten Fragen bieten. Klarheit deshalb, weil hundertfältige Erfahrung gezeigt hat, daß die Heimlichkeiten, das Ausschließen des Volkes von der Mitwissenerschaft in Dingen, die es am nächsten angehen und bei denen es mitreden soll, schädlich waren. Klarheit und Freimut in der Nahrungspolitik, damit wir in Ruhe und Sicherheit, wenn auch mit knappem Auskommen, die Zeit bis zur nächsten Ernte überdauern und damit sämtliche Maßregeln der Regierung durch Verständnis und Billigung des Volkes unterstützt werden. Klarheit und Freimut in der wirtschaftlichen Politik, die einen ihrer Mittelpunkte im Verhältnisse zu Ungarn hat. Solche Angelegenheiten sollen dem Selbstbestimmungsrechte des Volkes nicht entzogen werden, weil mit diesem Kriege ein neuer Abschnitt in dem Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn beginnt, ein Abschnitt, in dem das Verfassungsrecht sich zur verstandesmäßigen Notwendigkeit, zu Erkenntnissen entwickelt hat. Als die russischen Truppen in der Karpathenschlacht niederstiegen zur ungarischen Tiefebene, zu den Straßen nach Budapest und nach Mähren, haben wir deutlicher erkannt als jemals, warum Oesterreich und Ungarn verbunden sein müssen und warum die Monarchie sie beide umfassen muß. Der neue Ministerpräsident, den wir uns als einen Staatsmann von Erfahrung und Durchsichtigkeit denken, wird nicht etwas zur ministeriellen Verfügung verkleinern, was, parlamentarisiert, einer der größten Erfolge beider Staaten, eine Erhöhung ihres Ansehens vor der Welt und vor ihrem eigenen Selbstgeföhle wäre. Reden wir uns doch nicht in eine Parlamentsfurcht hinein wie manche Herren, die um keinen Preis auf parlamentarische Würden verzichteten. Parteiführer des Abgeordnetenhauses spielen und so tun, als würden ihnen die Glieder scheppern, wenn vom Wiederbeginne des parlamentarischen Lebens gesprochen wird. Warum bleiben sie im Parlamente, da sie es nicht wollen? Doch nur, um etwas zu scheinen, was sie nicht sind.

Der neue Ministerpräsident wird, bevor die Entscheidung fällt, die Frage zu beantworten haben, wie er sich zum Nachlasse des Grafen Stürgkh, zu den Ergebnissen der Beratungen über das wirtschaftliche Verhältnisse zu Ungarn verhalte, wie er die Bedürfnisse des Volkes in der Nahrungspolitik durchsetzen könne, ob die Rückkehr zum Reichsrat und zu den Delegationen zu beschließen sei und ob trotz der Vorsicht im Kriege das öffentliche Leben in Wort und Schrift nicht heller, freier und durch solche Erhellung auch zuversichtlicher gestaltet werden könne. Die Stimmung ist günstig. Niemals hat die Reigung, Streit in das Volk hineinzutragen, so vollständig gefehlt und niemals ist der Wunsch lebendiger gewesen, die Beziehungen zu Ungarn so auszubauen, daß wir einander froh werden können. Auch war niemals die Sehnsucht, an fruchtbarer Arbeit, an der wirtschaftlichen Vorbereitung des Friedens, an der Verteidigung des Kredits und an dem Schutze der Währung teilzunehmen, so durchschlagend. Ernst sind die Schwierigkeiten, fast überwältigend die Pflichten, und dennoch würde die Hand eines klugen, vom modernen Staate nicht verärgerten Ministerpräsidenten viel erreichen, wenn der unerschöpfliche Zauber und die verjüngende Kraft der freien Mitarbeit des Volkes nicht geringschätzig zurückgestoßen werden.